



SCHLUSS MIT DER BEWERBUNG VON GESCHÄFTEN MIT KRIEGFÜHRENDEN STAATEN

Begründung:

Die Interessen der österreichischen Unternehmen im Ausland werden von der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA - der österreichischen Internationalisierungs- und Innovationsagentur vertreten, die Teil der Wirtschaftskammer Österreich ist. Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA unterstützt Unternehmer:innen u.a. durch den Aufbau von Kontakten in Zielmärkten, rechtlichen Hilfestellungen, strategische Planung und Finanzierungsberatungen, sowie durch spezifische Kenntnisse über das jeweilige Zielland (z.B. politische Rahmenbedingungen, wirtschaftliche Kennzahlen, wichtige Kontakte, Informationen über Verkehrsmittel & Anreisemöglichkeiten sowie interkulturelle Charakteristika). Auch wenn die Wirtschaftskammer vordergründig die Interessensvertretung der österreichischen Unternehmer:innen zur Aufgabe hat, so gilt doch auch, dass eine bestimmte Werteorientierung als Fundament für interessenspolitisches bzw. wirtschaftliches Handeln vorausgesetzt werden sollte. Klar ist, dass es unrealistisch wäre, wirtschaftlich nur mit Musterdemokratien zu kooperieren. Klar ist aber auch, dass mit kriegstreibenden Nationen, die alle westlichen Sanktionslisten anführen, ein »weiter wie bisher« nicht angebracht ist und auch eine Interessensvertretung auf allen Ebenen kompromisslos Position beziehen muss.

Der Anfang März 2023 – und damit über ein Jahr nach Kriegsbeginn – medial¹ besprochene Länderreport zu Russland² der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA widerspricht sehr deutlich den oben genannten Grundsätzen. Dieser Report enthält Vorschläge unterbreitet, die dahingehend verstanden werden können, dass wirtschaftliche Beziehungen mit dem Aggressor

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000144291527/russland-weiter-gehts>

² Mittlerweile wurde der Report durch eine neue Version ersetzt, in der die kritisierten Stellen gestrichen wurden. Die ursprüngliche und kritisierte Version ist z.B. hier zugänglich: <https://gruenspecht.at/pdf-downloads/Wirtschaft/Russland-los-gehts.pdf>

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Russland kein Problem seien. Auch als billigende Inkaufnahme des verbrecherischen Angriffskriegs lässt sich dieser Report interpretieren.

Die Fraktion der Grünen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament Tirol fordert das Präsidium der Wirtschaftskammer auf, im eigenen Einflussbereich dafür zu sorgen, dass die Bewerbung von Geschäftstätigkeiten mit kriegstreibenden Staaten, die auf westlichen Sanktionslisten stehen, unterbunden wird.

Michael Carli, Delegierte zum Wirtschaftsparlament